

LESER-SERVICE: 089 5306 777

Erdinger Anzeiger

MÜNCHNER MERKUR
DIENSTAG, 30. JUNI 2015

7 | € 1,70



250 Euro brutto für Lkw-Fahrer aus Osteuropa

Der Berufsverband Camion Pro enthüllt erschreckende Zustände: Osteuropäer unterlaufen den deutschen Mindestlohn. Deutsche Auftraggeber profitieren offenbar.

VON THOMAS
MAGENHEIM-HÖRMANN

München – Spediteure aus Osteuropa unterlaufen auf deutschen Straßen flächendeckend und drastisch den geltenden Mindestlohn. Das hat der Berufsverband Camion Pro nach Umfragen unter osteuropäischen Lkw-Lenkern ermittelt. Statt brutto minimal 8,50 Euro seien es tatsächlich zwischen zwei und vier Euro, sagt Camion Pro-Vorstand Andreas Mossysrsch. „Das ist Sozialdumping“, stellt er klar.

Dabei werde auch massiv gegen geltende Kabotage-Regeln verstoßen, wonach ausländische Lkw-Fahrer, die Waren nach Deutschland geliefert haben, hierzulande nur eingeschränkt neue Aufträge abfahren dürfen. Sie seien aber oft monatelang in Deutschland unterwegs.

Billiganbieter aus Osteuropa fahren in Deutschland mittlerweile über ein Viertel aller Lkw-Kilometer ab, schätzen Experten. Das treibe immer mehr deutsche Spediteure in den Ruin, klagt Mossysrsch. Al-



Brummis auf einem Parkplatz bei Frankfurt (Oder). Viele osteuropäische Fahrer sind monatelang in Deutschland unterwegs.

FOTO: PATRICK PLEUL / DPA

lein in seinem Verband zähle er jährlich rund 50 Pleiten.

Große Spediteure – auch aus Deutschland – seien dagegen vielfach Profiteure des Missbrauchs. Denn sie würden sich oft osteuropäischer Subunternehmer bedienen. Deutschen Behörden wirft die aus einem Schutzverband hervorgegangene Camion Pro vor, auch ein halbes Jahr nach Einführung des Mindestlohns in Deutschland dessen Einhaltung bei ausländischen Lastwagenfahrern nicht zu prüfen. Deutsche Spediteure würden dagegen vom dafür zuständigen Zoll kontrolliert. Den Bereich der schwarzen Schafe klammere man aus.

Über 200 Lkw-Lenker aus Osteuropa hat Camion Pro in den letzten Wochen angesprochen, um über deren Arbeitsbedingungen Auskunft zu erhalten. Reden wollte nur jeder Dritte. „Es herrscht ein Klima der Angst“, erklärt Mossysrsch. Keiner von rund 70 auskunftswilligen Fahrern aus Ländern wie Rumänien oder Bulgarien habe für seine Fahrzeit auf deutschen Straßen den hiesigen Mindestlohn erhalten. Teils seien sie für monatlich 250 Euro brutto ein Viertel Jahr in Deutschland oder anderswo in Westeuropa unterwegs – bei zwölf bis 16 Stunden Tagesarbeitszeit.

Deutschen Behörden wirft Mossysrsch neben Untätigkeit auch Naivität vor. „Es fehlt die Vorstellungskraft, mit wem man es zu tun hat“, klagte der Experte und sprach von einer osteuropäischen Lkw-Mafia. Ein befragter Lastwagenfahrer aus Bulgarien habe gebeichtet, dass sein Arbeitgeber bei allen 70 Lastwagen seiner Spedition den Fahrtenstreifen so manipuliert habe, dass er während der Fahrt auf Ruhezeit gestellt werden könne. „Dann kann man unbegrenzt fahren“, stellt Mossysrsch klar.

Camion Pro übergebe den Fall nun mit einer Liste aller manipulierten Lkw an Ermitt-

lungsbehörden. Dem Informanten habe man zuvor versprechen müssen, anonym zu bleiben. „Sonst ziehen sie mich tot aus dem Fluss“, habe er gewarnt. Das sei krass, aber auch kein Einzelfall, stellte Mossysrsch klar. Auch er selbst sei schon einmal nach dem Anprangern von Missständen in der Branche mit dem Tode bedroht worden.

Camion Pro bietet osteuropäischen Lastwagenfahrern, die in Deutschland ohne Mindestlohn unterwegs sind, nun Hilfe bei Klagen vor deutschen Arbeitsgerichten an. Per Durchgriffshaftung könnten sie auch deutsche Auftraggeber osteuropäischer

Subunternehmer verklagen und Prozesskostenhilfe beanspruchen.

Wer einen Monat lang auf deutschen Straßen fahre und mit Hungerlöhnen abgespeist werde, dem entgingen rund 1700 Euro monatlich, rechnete Mossysrsch vor. Diese Dimension und der Umstand, dass auch bis zu drei Jahre rückwirkend geklagt werden kann, sei trotz Ängsten ein starkes Motiv, vor den Kadi zu ziehen. Viele osteuropäische Lastwagenfahrer seien auch verzweifelt. Ihre Arbeitsbedingungen seien nach eigenen Angaben schlechter als noch zu Zeiten des Sozialismus.